

Bericht aus der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates vom 31. Juli 2019:

TOP 01 Verpflichtung der neu- und wiedergewählten Damen und Herren Stadträte durch den Bürgermeister (§ 32 Abs. 1 GemO)

Bürgermeister Scheffold begrüßt die neu- und wiedergewählten Damen und Herren Stadträte. In der heutigen konstituierenden Sitzung sind die Stadträte zunächst auf ihr Amt zu verpflichten. In seiner Einführungsrede gratuliert Bürgermeister Scheffold den Gewählten und dankt ihnen für die Bereitschaft zur Übernahme des Ehrenamtes.

In der neuen fünfjährigen Amtsperiode liegen die wichtigen Entscheidungen für die Geschicke der Stadt Hornberg nun in den Händen des neuen Gemeinderates.

Als Tischvorlage haben die Stadträte das Sonderheft des Gemeindetages Baden-Württemberg, sowie die aktuell gültige Hauptsatzung der Stadt Hornberg erhalten. Die neu gewählten Stadträte erhalten darüber hinaus die Geschäftsordnung des Gemeinderates sowie den Haushaltsplan 2019.

Besonders betont Bürgermeister Scheffold die Verschwiegenheitspflicht und die Möglichkeit einer persönlichen Befangenheit nach § 18 der Gemeindeordnung.

Bürgermeister Scheffold kommt auf die Aufgabenschwerpunkte der kommenden Jahre zu sprechen. Die Sanierung und Modernisierung des Altbaus der Wilhelm-Hausenstein-Schule sowie der Stadthalle stehen an, ebenso wie die Weiterentwicklung des Schloßbergkonzepts und die Umsetzung von Einzelmaßnahmen. Die Anerkennung der Stadt Hornberg als ELR-Schwerpunktgemeinde wird angestrebt. Baugebiete sollen ausgewiesen werden. Der evangelische Kindergarten soll modernisiert und erweitert werden.

Im Oktober wird der Gemeinderat eine Klausurtagung abhalten, wo alle wichtigen Themen ausführlich behandelt werden.

Es besteht die Möglichkeit, Anliegen von Bürgern oder sonstige Anliegen als so genannte schriftliche Eingabe an die Verwaltung zu melden. Diese Eingaben werden dann im öffentlichen Gemeinderatsprotokoll aufgeführt.

Bürgermeister Scheffold freut sich auf eine offene, faire, vertrauensvolle und von gegenseitigem Respekt getragene Zusammenarbeit.

Nun erfolgt die Verpflichtung. Bürgermeister Scheffold und die Stadträte erheben sich von ihren Plätzen. Die Stadträte sprechen Bürgermeister Scheffold folgende Verpflichtungsformel nach:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Diese Verpflichtung wird anschließend durch Handschlag bekräftigt und hiermit aktenkundig gemacht. Damit sind folgende Stadträte für die anstehende Amtsperiode 2019 bis 2024 auf ihr Amt verpflichtet:

Erich Fuhrer
Sabrina Fabiano
Gottfried Bühler
Joachim Hurst
Hermann Lehmann
Michael Tischer
Fritz Wöhrle
Dagmar Wöhrle
Jörg Fehrenbacher
Bernhard Jogerst
Rolf Hess
Eva Laumann
Eric Küffer
Dieter Müller

TOP 02 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters (§ 48 Abs. 1 GemO)

Der Gemeinderat hat nach jeder Gemeinderatswahl aus seiner Mitte einen oder mehrere Stellvertreter des Bürgermeisters zu bestellen. Die Bestellung erfolgt durch Wahl in der Reihenfolge der Stellvertretung in je einem besonderen Wahlgang.

Die Fraktionen haben sich im Vorfeld auf die Stellvertreter und deren Reihenfolge verständigt. Es wurde vereinbart, Stadträtin Eva Laumann zur ersten Bürgermeisterstellvertreterin, Stadtrat Fritz Wöhrle zum zweiten Bürgermeisterstellvertreter und Stadtrat Joachim Hurst zum dritten Bürgermeisterstellvertreter zu bestellen.

Hauptamtsleiter Flaig und Sachgebietsleiter Litterst werden zu Wahlhelfern bestimmt. Die Wahlen erfolgen jeweils geheim mit Stimmzetteln. Wahlkabine und Urne stehen bereit.

a) Wahl des ersten Bürgermeisterstellvertreters:

Wie vorgeschlagen, stellt sich Stadträtin Eva Laumann zur Wahl.

Beschluss:

Stadträtin Eva Laumann wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung, zur ersten Bürgermeisterstellvertreterin gewählt.

b) Wahl des zweiten Bürgermeisterstellvertreters:

Wie vorgeschlagen, stellt Stadtrat Fritz Wöhrle sich zur Wahl.

Beschluss:

Stadtrat Fritz Wöhrle wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung, zum zweiten Bürgermeisterstellvertreter gewählt.

c) Wahl des dritten Bürgermeisterstellvertreters:

Wie vorgeschlagen, stellt Stadtrat Joachim Hurst sich zur Wahl.

Beschluss:

Stadtrat Joachim Hurst wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung, zum dritten Bürgermeisterstellvertreter gewählt.

Alle drei Gewählten erklären ihre Bereitschaft zur Annahme des Amtes. Bürgermeister Scheffold verpflichtet Frau Laumann, Herrn Wöhrle und Herrn Hurst per Handschlag auf ihr Amt.

TOP 03 Wahl der Ortsvorsteher und der Stellvertreter von Hornberg-Niederwasser und Hornberg-Reichenbach (§ 71 Abs. 1 GemO)

Der Gemeinderat wählt nach jeder Ortschaftsratswahl auf Vorschlag der Ortschaftsräte die jeweiligen Ortsvorsteher und einen oder mehrere Stellvertreter. Die Ortsvorsteher sind aus dem Kreis der zum Ortschaftsrat wählbaren Bürger, die Stellvertreter aus der Mitte des Ortschaftsrates zu wählen.

Der Ortschaftsratsrat Reichenbach schlägt Amtsinhaber Gottfried Bühler als Ortsvorsteher vor. Amtsinhaber Roland Aberle wird als stellvertretender Ortsvorsteher vorgeschlagen.

Der Ortschaftsratsrat Niederwasser schlägt als neuen Ortsvorsteher Ortschaftsratsrat Alexander Hock vor. Als erster stellvertretender Ortsvorsteher wird Ortschaftsratsrat Franz-Josef Kaltenbach vorgeschlagen, als zweite stellvertretende Ortsvorsteherin Ortschaftsrätin Petra Streif.

Hauptamtsleiter Flaig und Sachgebietsleiter Litterst werden zu Wahlhelfern bestimmt. Der Gemeinderat ist einstimmig damit einverstanden, die Ortsvorsteher geheim mit Stimmzetteln zu wählen, die stellvertretenden Ortsvorsteher werden offen gewählt.

a) Wahl des Ortsvorstehers von Reichenbach:

Wie vorgeschlagen, stellt sich der amtierende Ortsvorsteher Gottfried Bühler zur Wiederwahl.

Beschluss:

Ortschaftsratsrat Gottfried Bühler wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung, wieder zum Ortsvorsteher gewählt.

b) Wahl des stellvertretenden Ortsvorstehers von Reichenbach:

Wie vorgeschlagen, stellt sich der bisherige stellvertretende Ortsvorsteher von Reichenbach, Roland Aberle, der anwesend ist, zur Wahl.

Beschluss:

Ortschaftsrat Roland Aberle wird mit 15 Ja-Stimmen wieder zum stellvertretenden Ortsvorsteher von Reichenbach gewählt.

c) Wahl des Ortsvorstehers von Niederwasser:

Wie vorgeschlagen, stellt der anwesende Ortschaftsrat Alexander Hock sich zur Wahl.

Beschluss:

Ortschaftsrat Alexander Hock wird einstimmig zum neuen Ortsvorsteher von Niederwasser gewählt.

d) Wahl des ersten stellvertretenden Ortsvorstehers von Niederwasser:

Wie vorgeschlagen, stellt der anwesende Ortschaftsrat Franz-Josef Kaltenbach sich zur Wahl.

Beschluss:

Ortschaftsrat Franz-Josef Kaltenbach wird einstimmig zum ersten stellvertretenden Ortsvorsteher von Niederwasser gewählt.

e) Wahl des zweiten stellvertretenden Ortsvorstehers von Niederwasser:

Wie vorgeschlagen, stellt die anwesende Ortschaftsrätin Petra Streif sich zur Wahl.

Beschluss:

Ortschaftsrätin Petra Streif wird einstimmig zur zweiten stellvertretenden Ortsvorsteherin von Niederwasser gewählt.

Bürgermeister Scheffold verpflichtet die Gewählten per Handschlag auf ihr Amt. Ortsvorsteher Gottfried Bühler und Ortsvorsteher Alexander Hock erhalten ihre Ernennungsurkunden.

TOP 04 Neubesetzung der Arbeitskreise des Gemeinderates:

- a) **Ausschuss für Stadtgestaltungsfragen**
- b) **Arbeitskreis Stadthalle**

Derzeit bestehen noch folgende Arbeitskreise des Gemeinderates:

- Ausschuss für Stadtgestaltungsfragen
- Arbeitskreis Stadthalle

Die Fraktionen haben sich im Vorfeld auf die Neubesetzung des Ausschusses und des Arbeitskreises verständigt. Die Besetzungsvorschläge liegen dem Gemeinderat als Tischvorlage vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst einstimmig den Geschäftsordnungsbeschluss, die Besetzung des Ausschusses und des Arbeitskreises jeweils en bloc wie vorgeschlagen zu beschließen:

Beschluss 1: Neubesetzung des Ausschusses für Stadtgestaltungsfragen:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende Neubesetzung des Ausschusses für Stadtgestaltungsfragen:

CDU: Stadtrat Michael Tischer, Stellvertreter Stadtrat Joachim Hurst
Freie Wähler: Stadtrat Fritz Wöhrle, Stellvertreter Stadtrat Jörg Fehrenbacher
SPD: Stadtrat Dieter Müller, Stellvertreterin Stadträtin Eva Laumann

Beschluss 2: Neubesetzung des Arbeitskreises Stadthalle:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende Neubesetzung des Arbeitskreises Stadthalle:

CDU: Stadtrat Hermann Lehmann, Stellvertreterin Stadträtin Sabrina Fabiano
Freie Wähler: Stadträtin Dagmar Wöhrle, Stellvertreter Stadtrat Fritz Wöhrle
SPD: Stadtrat Rolf Hess, Stellvertreter Stadtrat Dieter Müller

Als sachkundige Bürger werden weiterhin berufen:

Frau Claudia Lauble-Plewa für den Musikverein Niederwasser
Herr Klaus Lauble für den Musikverein Reichenbach
Herr Achim Schemel für den Athletenverein
Herr Markus Reeb für die Narrenzunft
Herr Christof Breithaupt für die Buchenbronner Hexen
Herr Friedrich Wöhrle für den Turnverein

Die Vereine können bei Bedarf Verhinderungsstellvertreter entsenden.

- TOP 05 Wahl der Vertreter des Gemeinderates in Gremien:**
- a) **Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Hausach-Hornberg**
 - b) **Gemeinsamer Ausschuss des Mittelzentrums Haslach-Hausach-Wolfach**
 - c) **Verbandsversammlung des Zweckverbandes Interkom Hausach-Wolfach-Hornberg**
 - d) **Kindergarten-Kuratorien und ständige Bauausschüsse der Kindertagesstätten**

Die Stadt Hornberg ist in vier Gremien vertreten. Neben dem Bürgermeister sind auch Gemeinderatsmitglieder als weitere Vertreter in die Gremien zu entsenden.

Die Fraktionen haben sich im Vorfeld auf die Vertreter verständigt. Die Vorschläge liegen als Tischvorlage vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst einstimmig den Geschäftsordnungsbeschluss, die Vertreter jeweils offen und en bloc wie vorgeschlagen zu wählen:

a) Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Hausach-Hornberg:

Der Gemeinderat wählt einstimmig die Stadträte Erich Fuhrer und Fritz Wöhrle zu den Vertretern aus der Mitte des Gemeinderates.

b) Gemeinsamer Ausschuss des Mittelzentrums Haslach-Hausach-Wolfach:

Der Gemeinderat wählt einstimmig die Stadträte Gottfried Bühler und Eric Küffer als Vertreter aus der Mitte des Gemeinderates.

Zu Stellvertretern werden gewählt Stadträtin Eva Laumann, sowie die Stadträte Jörg Fehrenbacher, Joachim Hurst und Bernhard Jogerst.

c) Verbandsversammlung des Zweckverbandes Interkom Hausach-Wolfach-Hornberg

Der Gemeinderat wählt einstimmig die Stadträte Erich Fuhrer und Dieter Müller als Vertreter aus der Mitte des Gemeinderates.

Zum ersten Stellvertreter wird einstimmig Stadtrat Jörg Fehrenbacher gewählt.

Zu den weiteren Stellvertretern werden einstimmig die Stadträte Michael Tischer und Eric Küffer gewählt.

d) Kindergarten-Kuratorien und ständige Bauausschüsse der Kindertagesstätten

Der Gemeinderat wählt einstimmig Stadträtin Sabrina Fabiano, Stadträtin Dagmar Wöhrle und Stadtrat Rolf Hess zu den Vertretern aus der Mitte des Gemeinderates.

TOP 06 Neubesetzung der Amts- und Arbeitsbereiche des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat im Jahr 2017 vier Amts- und Arbeitsbereiche gebildet. Die Fraktionen haben sich im Vorfeld auf die Besetzung der Amts- und Arbeitsbereiche geeinigt. Die Vorschläge liegen als Tischvorlage vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst einstimmig den Geschäftsordnungsbeschluss, die Besetzung der vier Amts- und Arbeitsbereiche jeweils en bloc wie vorgeschlagen zu beschließen.

Jeweils offen und en bloc wird die folgende Besetzung der Amts- und Arbeitsbereiche einstimmig beschlossen:

a) Amts- und Arbeitsbereich 1, Gewerbe und Verwaltung:

CDU: Stadträte Erich Fuhrer und Gottfried Bühler

Freie Wähler: Stadtrat Bernhard Jogerst
SPD: Stadtrat Eric Küffer

Verhinderungsstellvertreter:
CDU: Stadtrat Joachim Hurst
Freie Wähler: Stadtrat Jörg Fehrenbacher
SPD: Stadtrat Dieter Müller

b) Amts- und Arbeitsbereich 2, Infrastruktur:

CDU: Stadträte Hermann Lehmann und Gottfried Bühler
Freie Wähler: Stadtrat Fritz Wöhrle
SPD: Stadtrat Dieter Müller

Verhinderungsstellvertreter:
CDU: Stadtrat Joachim Hurst
Freie Wähler: Stadträtin Dagmar Wöhrle
SPD: Stadtrat Eric Küffer

c) Amts- und Arbeitsbereich 3, Sport und Soziales:

CDU: Stadtrat Michael Tischer
Freie Wähler: Stadtrat Jörg Fehrenbacher
SPD: Stadtrat Rolf Hess

Verhinderungsstellvertreter:
CDU: Stadtrat Gottfried Bühler
Freie Wähler: Stadtrat Fritz Wöhrle
SPD: Stadtrat Eric Küffer

d) Amts- und Arbeitsbereich 4, Tourismus:

CDU: Stadtrat Erich Fuhrer und Stadträtin Sabrina Fabiano
Freie Wähler: Stadtrat Jörg Fehrenbacher
SPD: Stadtrat Rolf Hess

Verhinderungsstellvertreter:

CDU: Stadtrat Joachim Hurst
Freie Wähler: Stadtrat Bernhard Jogerst
SPD: Stadtrat Eric Küffer

TOP 07 Bekanntgabe der Jahresabschlüsse der Kindertagesstätten „Arche Noah“ und „Don Bosco“

Die Kostenbeteiligung der Stadt Hornberg an den beiden Kindertagesstätten stellt den größten Posten im städtischen Haushalt dar, weshalb der Gemeinderat jährlich über die Jahresabschlüsse informiert wird.

Durch höhere Landeszuweisungen und geringere Ausgaben als veranschlagt ist das Ergebnis positiver ausgefallen. Die Zahlen liegen dem Gemeinderat vor. Die Kostenbeteiligung der Stadt Hornberg für das Jahr 2018 beträgt für den evangelischen Kin-

dergarten 363.932,77 Euro, für den katholischen Kindergarten 525.573,00 Euro, insgesamt 889.505,77 Euro. Dies bedeutet einen Anstieg zum Vorjahr von rund 44.000 Euro.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von den Jahresabrechnungen 2018 der beiden Kindergärten zustimmend Kenntnis.

TOP 08 Modernisierung Stadthalle:

- a) **Vorstellung der Ergebnisse der Besprechungen mit den Vereinen**
- b) **Beauftragung der Architekten mit der Ergänzung der Vorplanung und der Fortschreibung der Kostenschätzung**
- c) **Abklärung der Genehmigungsfähigkeit**

Wie im Gemeinderat beschlossen, haben zwei Arbeitskreissitzungen mit den Vereinen und Vertretern des Gemeinderates stattgefunden. Dem Gemeinderat liegt die aktualisierte Übersicht über die Fragestellungen, Baudetails, Einsparmöglichkeiten und die Empfehlungsbeschlüsse des Arbeitskreises vor.

Gegenüber den bisherigen Vorplanungen sind nun untergeordnete Anbauten bergseits und talseits geplant. Diese sind bisher genehmigungsrechtlich, insbesondere in denkmalschutzrechtlicher Sicht noch nicht abgeklärt. Hierzu finden noch Gespräche mit dem Landratsamt und der Denkmalschutzbehörde statt. Falls diese Bauten genehmigungsfähig sein sollten, wäre die Kostenschätzung zu aktualisieren. Erst nach grundsätzlicher Abklärung der Genehmigungsfähigkeit kann die weitere Planung erfolgen.

Dem Gemeinderat liegen die Protokolle über die Arbeitskreissitzungen vor, ebenso wie die Vorschläge der Vereine.

Zunächst wird die Übersicht mit den Themen und den jeweiligen Empfehlungen der Arbeitskreissitzung von Bürgermeister Scheffold ausführlich erläutert. Unter anderem wird empfohlen, die Hallenkapazität wie bisher zu belassen. Es wird empfohlen, das Hallendach gleich mit zu sanieren. Bezüglich der Beheizung soll eine Grundsatzentscheidung des Gemeinderates getroffen werden.

Die Lüftungsanlage soll im Dachgeschoss installiert werden, für den Innenraum wird eine abgehängte Beleuchtung vorgeschlagen. Der Einbau eines Aufzugs vom Erdgeschoss ins Untergeschoss ist unverzichtbar. Hierfür ist im Treppenhaus ein Brandabschnitt zu bilden.

Weiter wird empfohlen, eine neue Bestuhlung anzuschaffen. Da eine Bestuhlung mit Polstern empfohlen wird, muss für die Faschnachtsbestuhlung eine gesonderte Lösung gefunden werden.

Das Lager für die mobile Bühne soll weiterhin unter der Bühne eingerichtet werden. Die Stühle und Tische sollen in einem seitlichen Anbau an die Stadthalle gelagert werden. Bei Veranstaltungen ist dieser Anbau dann als zusätzliches Foyer nutzbar.

Die Bühnenöffnung soll auf ca. 10,5 m Breite vergrößert werden. Für die Bühnentechnik soll ein Fachberater eingeschaltet werden, hierfür ist ein zweites Angebot einzuholen.

Küche und Theke im Erdgeschoss sollen auf jeden Fall erneuert werden, die Küche und das Lager sollen in einen seitlichen Anbau talseits eingeplant werden. Die Cafeteria im Untergeschoss ist dann entbehrlich. Dafür können im Untergeschoss dann Räume für Kasse und Hausmeister, sowie Lager eingerichtet werden.

Eine mechanische Schließanlage wird als ausreichend angesehen, was eine Einsparung von ca. 20.000 Euro mit sich bringt.

Eine Brandmeldeanlage ist laut Gutachter nicht erforderlich, was eine deutliche Einsparung von ca. 47.000 Euro bedeutet. Hier kann eine interne Hausalarmierungsanlage eingebaut werden, zu einem deutlich geringeren Aufwand.

Eine Verdunkelung soll vorläufig nicht eingebaut werden, dies kann bei Bedarf nachgerüstet werden.

Wie bereits gesagt, soll im Untergeschoss ein Hausmeisterraum eingerichtet werden, ebenso ein Putzraum.

Empore und Garderobe sollen wie bisher belassen werden, eine neue Bestuhlung soll eingebaut werden.

Kleinere Arbeiten sollen in Eigenleistungen durchgeführt werden, bzw. entfallen. Hierüber hat der Gemeinderat noch zu beschließen.

Bezüglich der Barrierefreiheit ist wie bereits gesagt ein Aufzug einzubauen. Im Untergeschoss soll ein Behinderten-WC beim Herren-WC inkludiert werden. Automatische Eingangstüren am Halleneingang sind vorzusehen.

Die Architekten haben auf dieser Grundlage neue Grundrisse von Erdgeschoss und Untergeschoss erstellt, welche dem Gemeinderat präsentiert werden.

Ebenso werden die neuen Ansichten präsentiert. Die Gestaltung der geplanten beiden Anbauten an den Seiten der Stadthalle ist noch festzulegen.

Diese Planung steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Denkmalschutzbehörde den Anbauten zustimmt. Hier findet im September ein Abstimmungstermin statt. Bürgermeister Scheffold hat dies mit der neuen Kreisbaumeisterin vorbesprochen.

Der Beschlussvorschlag wird dahingehend geändert, dass die Vorplanung bereits angepasst worden ist. Bürgermeister Scheffold schlägt vor, die Kostenschätzung erst dann fortzuschreiben, wenn die Denkmalschutzbehörde der Planung zugestimmt hat.

Stadtrat Fehrenbacher kommt auf das Thema der Beheizung der Stadthalle zurück. Er spricht sich für eine Hackschnitzelanlage aus und würde den Einbau einer Wärmepumpe sogar bevorzugen. Hierzu müsste über eine Tiefenbohrung eine Erdwärmesonde gelegt werden.

Denkbar wäre auch eine Photovoltaikanlage auf dem Hallendach. Dann könnten die Stadthalle und die Nebengebäude CO₂-neutral beheizt werden.

Eine solche Wärmepumpe wäre wartungsfrei zu betreiben.

Bürgermeister Scheffold möchte dies mit dem Fachingenieur abklären.

Stadtrat Hess erkundigt sich nach dem möglichen Baubeginn nach der Fasnacht 2020. Bürgermeister Scheffold hält es für sehr schwierig, diesen Termin zu halten.

Stadtrat Wöhrle kommt auf den Anbau seitlich von der Stadthalle für die Küche im Erdgeschoss zu sprechen. Seine ursprüngliche Hoffnung, das Foyer maßgeblich zu vergrößern, lässt sich aus seiner Sicht nun nicht realisieren. Er schlägt deshalb vor, den Kühlraum und die Ausgabe zu verlegen, um das Foyer zu vergrößern. Er empfiehlt, gegenüber der Denkmalbehörde einen noch größeren Anbau zu thematisieren, als Gesprächsgrundlage.

Bürgermeister Scheffold gibt zu bedenken, dass die Frontansicht der Stadthalle für die Denkmalbehörde essenziell wichtig ist. Deshalb könnte der Anbau höchstens nach hinten verlängert werden. Zu bedenken ist aber, dass die heute vorgestellte Planung bereits beim Landratsamt und bei der Denkmalbehörde zur Vorprüfung liegt.

Zur Größe des Foyers führt Bürgermeister Scheffold aus, dass diese bisher 86 m² beträgt, künftig wird sie 87 m² betragen. Durch die zusätzliche Nutzbarkeit des hangseitigen Anbaus stehen dann aber 25 m² zusätzlich zur Verfügung, damit insgesamt 112 m².

Stadtrat Fuhrer spricht sich ebenfalls für eine Hackschnitzelanlage aus, diese muss aber finanziell vertretbar sein. Hier wäre eine exakte Kalkulation zu erstellen.

Bezüglich der Gesamtkosten geht Stadtrat Fuhrer nun davon aus, dass der gewünschte Kostenrahmen von 2,2 Mio. Euro netto nicht mehr zu halten sein wird. Dennoch müssen die Gesamtkosten im Auge behalten werden.

Schließlich erkundigt sich Stadtrat Fuhrer, ob der geplante Windfang tatsächlich notwendig ist. Dies wird von Bürgermeister Scheffold bejaht. Für die Barrierefreiheit ist dies notwendig. Der Windfang muss erneuert werden.

Stadtrat Fehrenbacher spricht bezüglich der Hackschnitzelanlage von einer zukunftsfähigen Lösung, um eine CO₂-Neutralität bzw. zumindest eine deutliche CO₂-Einsparung zu erreichen. Hier darf aus seiner Sicht nicht allein der Anschaffungspreis maßgeblich sein. Die Stadt Hornberg sieht er hier in der Pflicht, ein Zeichen zu setzen.

Dieser Auffassung schließt sich Stadtrat Fuhrer an. Dennoch muss exakt berechnet werden, ob eine solche Anlage wirtschaftlich beschafft und betrieben werden kann. Bei einer massiven Verteuerung muss hierüber nochmals gesprochen werden. Dies wäre exakt zu kalkulieren.

Bürgermeister Scheffold gibt zu bedenken, dass die mit anzuschließenden Nachbargebäude Werderstraße 15, 17 und ggf. 25 mit zu berücksichtigen sind. Die Inves-

titionskosten können entsprechend aufgeteilt werden. Hierfür ist eine Studie in vertretbarem Umfang zu erstellen.

Auf Anfrage von Stadträtin Laumann, wie bei einer Ablehnung der Planung durch die Denkmalbehörde weiter zu verfahren wäre, antwortet Bürgermeister Scheffold, dass dann im Bestand umzuplanen wäre. Er hofft aber, dass dies nicht notwendig werden wird.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat nimmt von den Ergebnissen der Besprechungen mit den Vereinen zustimmend Kenntnis.
- b) Der Gemeinderat nimmt von der vorliegenden, bereits entsprechend ergänzten Vorplanung zustimmend Kenntnis. Die Architekten sollen erst dann mit der Fortschreibung der Kostenschätzung beauftragt werden, wenn die Denkmalbehörde der Planung zugestimmt hat.
- c) Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, zusammen mit den Architekten die Genehmigungsfähigkeit, insbesondere in denkmalschutzrechtlicher Hinsicht abzuklären.

TOP 09 Modernisierung Schulhausaltbau, Hauptstraße 28: Abschluss Honorarvertrag

Der Stadt Hornberg wurde neben der Schulbauförderung auch ein Ausgleichstockzuschuss über 200.000 Euro, wie beantragt, zugesagt. Damit kann die Maßnahme realisiert werden.

Für die Objektplanung Gebäude (Architektenleistungen) liegt ein Angebot von Architekt Fritz Wöhrle auf der Grundlage der Honoraranfrage der Verwaltung vor.

Der Gemeinderatsbeschluss ist zur Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen (Abschluss eines Vertrages mit einem Stadtrat).

Außerdem wird sich die Verwaltung eine zusätzliche technische Unterstützung gegen ein geringes Honorar einkaufen, was in der Kostenschätzung bereits berücksichtigt ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Architekturbüro Fritz Wöhrle, Hornberg mit der Objektplanung für die Modernisierung der Wilhelm-Hausenstein-Schule, Altbau laut Angebot zu beauftragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Gemeinderatsbeschluss zur Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

TOP 10 1. Änderung des Bebauungsplanes „Häuslematte II“ mit planungsrechtlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan:

- a) **Behandlung, Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen im Rahmen der erneuten Offenlage**
- b) **Feststellung der Planung**
- c) **Satzungsbeschluss über die Bebauungsplanänderung mit planungsrechtlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan mit gemeinsamer Begründung**

Der Bebauungsplan „Häuslematte II“ legt für den Bereich der Compagniematte ein eingeschränktes Gewerbegebiet fest. Im Gebiet sind die Zweigwerke der Firmen Aberle Stahlguss GmbH und Kammerer Gewindetechnik GmbH ansässig.

Im Jahr 2017 hat der Gemeinderat beschlossen, den Bebauungsplan zu ändern. Ziel der Bebauungsplanänderung ist die Vergrößerung des nordwestlichen Baufensters zur Gutach hin, um für ergänzende Gewerbebauten und Anbauten an den Bestand die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Planung wurde nun erneut öffentlich ausgelegt, die hierbei vorgebrachten Stellungnahmen liegen dem Gemeinderat vor, ebenso wie die jeweiligen Abwägungsvorschläge der Planerin und der Verwaltung.

Die bereits entsprechend ergänzte und angepasste Planung liegt dem Gemeinderat ebenfalls vor. Es kann festgestellt werden, dass eine erneute Offenlage der Planung nicht erforderlich ist. Die Bebauungsplanänderung kann daher als Satzung beschlossen werden.

Hauptamtsleiter Flaig erläutert am zeichnerischen Teil zur Bebauungsplanänderung den Inhalt der Änderungen.

Da sich der Bebauungsplan auf Gemarkung Hornberg befindet, erfolgte keine Beteiligung des Ortschaftsrates Niederwasser.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den vorliegenden Stellungnahmen im Rahmen der erneuten Offenlage der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Häuslematte II“ und beschließt einstimmig, die Planung entsprechend der jeweiligen Stellungnahme der Stadtplanung/Abwägungsvorschlag zu berücksichtigen.

Die vorliegende, bereits entsprechend geänderte Planung wird einstimmig festgestellt. Die Bestandteile der Bebauungsplanänderung sind in § 2 des vorliegenden Satzungsentwurfes aufgeführt.

Es wird weiter einstimmig festgestellt, dass eine erneute Offenlage der Planung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB nicht erforderlich ist.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Häuslematte II“ mit planungsrechtlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO in Verbindung mit § 4 GemO als Satzung nach dem vorliegenden Entwurf.

Rechnungsamtsleiterin Mayer hält den Sachvortrag. Zur nächsten Gemeinderatssitzung erhält der Gemeinderat die aktuelle Maßnahmenübersicht über laufende Projekte.

In ihrer Präsentation stellt Frau Mayer dar, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen positiv entwickeln. Hier wird mit einem Mehrertrag in Höhe von rund 300.000 Euro bis zum Jahresende gerechnet. Entsprechend wird sich auch die zu zahlende Umlage erhöhen.

Der Vergleich der Haushaltszahlen zum Vorjahr ist teilweise schwierig, wegen der Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht. Im Jahr 2020 wird der Vergleich zum Vorjahr wieder aussagekräftiger ausfallen.

Insgesamt wird im Ergebnishaushalt mit Mehrerträgen von 215.000 Euro gerechnet, bei Mehrausgaben von 181.000 Euro, sodass der Mehrertrag sich auf rund 30.000 Euro belaufen wird. Das ordentliche Ergebnis wird sich nach heutigem Stand um 33.600 Euro verbessern, von – 203.600 Euro auf – 170.000 Euro.

Im Finanzhaushalt wurde der Waldwegeneubau im Bereich Seufzerbank zurückgestellt, wegen der schwierigen Situation im Stadtwald.

Insgesamt wird im Finanzhaushalt mit Mehrausgaben in Höhe von 117.000 Euro gerechnet.

Bislang entwickelt sich der Haushaltsplan 2019 planmäßig.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Finanzzwischenbericht Kenntnis.

TOP 12 Erteilen des Einvernehmens zum Bauantrag zum Neubau einer Doppelhaushälfte mit Garage auf dem Grundstück Flst.Nr. 1114 (Am Weihergarten 4) in Hornberg

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen.

TOP 13 Bekanntgaben und Anfragen

13.1 Umgestaltung der Hauptstraße

Bürgermeister Scheffold erläutert an einem Übersichtsplan den aktuellen Bautenstand und die weiteren Bauabschnitte. Geplant ist, die Straßenbaumaßnahme noch vor Weihnachten 2019 fertig zu stellen. Die Parkplätze vor dem Friedhof werden Anfang 2020 angelegt.

13.2 Verkehrsregelung in der Hauptstraße

Bürgermeister Scheffold informiert über die Bemühungen der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Schulleitung, dem Elternbeirat und dem Straßenverkehrsamt des

Landratsamtes, die Beschilderung für die Fußgänger und vor allem für die Schüler immer weiter zu verbessern. Die Beschilderung wurde bereits nachgerüstet. Gespräche wurden geführt und Lösungen gesucht.

Angedacht worden ist zunächst die Aufstellung einer so genannten Fußgängerdrückampel an der Engstelle bei der Schützenbrücke sowie in Höhe des Baugeschäftes Kaltenbach. Hier ergeben sich aber verschiedene Probleme, die aus Sicht der Verwaltung zu mehr Nachteilen als Vorteilen führen würden:

Davon abgesehen, dass die Fußgängerdrückampel bis Jahresende Kosten von 8.000 bis 10.000 Euro verursachen würde, würden die bereits sehr langen Wartezeiten für die Verkehrsteilnehmer vor den beiden Baustellenampeln, die derzeit 4,5 Minuten betragen, sich auf 7 bis 8 Minuten verlängern. Dies erscheint aus Sicht der Verwaltung unzumutbar.

Die Fußgänger ihrerseits hätten nach dem Betätigen der Drückampel eine Wartezeit von 2,5 bis 3 Minuten.

Zu bedenken ist auch, dass die Einmündung Poststraße nicht mit einer solchen Ampel bestückt werden könnte, was zu weiteren gefährlichen Situationen führen könnte, weil die Fußgänger auf die grüne Fußgängerampel vertrauen würden. Die Verwaltung sieht hier die große Gefahr, dass eine Scheinsicherheit entstehen würde.

Weiter ist zu bedenken, dass durch die längere Ampelwartezeit ein Rückstau bis hinter die Rathauskreuzung entstehen würde, was für die dortigen Fußgänger wiederum zu neuen Gefahrenmomenten führen würde.

Besonders gefährlich ist aus Sicht der Verwaltung, dass damit gerechnet werden müsste, dass Schulkinder für diese lange Wartezeit nicht an der Fußgängerampel stehen bleiben würden, sondern trotzdem bei Rot die Straße überqueren würden.

Die Verwaltung nimmt das Thema sehr ernst, so Bürgermeister Scheffold. Er schlägt deshalb vor, dass die Verwaltung in Abstimmung mit der Schulleitung und dem Elternbeirat einen Lotsendienst im Bereich der Engstelle Hauptstraße für die restliche Bauzeit bis zum Jahresende einrichtet, ab Schuljahresbeginn. Morgens kann für 15 bis 20 Minuten ein Lotse die Schüler über die Straße bringen, ebenso mittags. Wunsch der Verwaltung ist, dass die Elternschaft hierbei unterstützend tätig wird.

Bürgermeister Scheffold betont, dass in rechtlicher Hinsicht die Eltern dafür verantwortlich sind, ihre Kinder bis zum Schuleingang sicher zu bringen.

Die Verwaltung wird versuchen, den Lotsendienst zu organisieren. Der Gemeinderat wird in der nächsten Sitzung wieder informiert.

Wie ausgeführt, spricht sich die Verwaltung gegen die Fußgängerampel aus, weil damit mehr Probleme entstehen als Vorteile.

Grundsätzlich sollten die Schulkinder die Hauptstraße im Bereich Traubenplatz überqueren.

Stadtrat Fuhrer spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus, den Lotsendienst einzurichten. Auch er ist gegen die Fußgängerdrückampel.

Stadtrat Wöhrle appelliert an die Eltern, die Schulkinder nach Möglichkeit zu Fuß zur Schule zu bringen. Bürgermeister Scheffold ergänzt, dass Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto bringen, den Parkplatz gegenüber dem Treff 3000 Markt in der Poststraße nutzen können. Die fußläufige Entfernung ist durchaus zumutbar. Auch besteht die Möglichkeit, Fahrgemeinschaften zu bilden, um das Verkehrsaufkommen zu reduzieren.

Stadtrat Fehrenbacher regt an, eine Geschwindigkeitsbegrenzung für die restliche Bauzeit zu beantragen, und die Baustellenampeln abends und an den Wochenenden im Blinkmodus zu aktivieren.

Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die Tempo 30-Regelung bereits angeordnet und umgesetzt worden ist. Natürlich werden aber trotzdem häufige Verstöße festgestellt.

Was die Beschilderung anbelangt, ist die Baufirma hierfür verantwortlich. Es ist Wunsch der Baufirma, dass durchgehend während der Bauzeit möglichst verlässliche Regelungen bestehen, damit sich die Verkehrsteilnehmer darauf einstellen können.

Die Straße wird bald wieder halbseitig gesperrt werden müssen, dann ist kein Begegnungsverkehr mehr möglich. Bürgermeister Scheffold möchte aber mit der Baufirma besprechen, ob in den Bauferien eine Blinklichtregelung eingeführt werden kann.

Stadtrat Hurst hat in Lahr-Reichenbach den Eindruck gewonnen, dass die Verkehrslenkung über die Ampeln dort besser funktioniert. Ebenfalls hatte er diesen Eindruck bei der B 33 Vollsperrung in Gutach. Auch er spricht sich dafür aus, in der Hauptstraße abends und an den Wochenenden die Blinklichtregelung einzuführen. Bei einer halbseitigen Straßensperrung kann geprüft werden, ob durch die Beschilderung mit roten und weißen Pfeilen der Verkehr geregelt werden kann.

Bürgermeister Scheffold wird wie gesagt dies mit der Baufirma besprechen. Solange die Umleitung über die Vorstadtstraße erfolgt, ist dies noch nicht möglich. Nach den Bauferien kann die Ampelregelung dann nochmals überprüft werden. Sicherheit ist aber oberstes Gebot. Die Baufirma ist verantwortlich und entscheidet letztendlich in eigener Zuständigkeit.

Zur B 33 Vollsperrung in Gutach merkt der Bürgermeister an, dass dort durch eine Handsteuerung die Ampelregelung verbessert werden konnte, dies müsste aber natürlich bezahlt werden, weil hier zwei Bauarbeiter abzustellen wären.

Bürgermeister Scheffold appelliert an die Verkehrsteilnehmer, den Hornbergtunnel zu nutzen. Die Verwaltung wird zusätzliche Schilder vor der B 33 Abbiegespur aus Richtung Gutach und aus Fahrtrichtung Schramberg, oberhalb des Viaduktes aufstellen lassen.

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand Kenntnis.

13.3 LTE-Ausbau

Die Telefonica teilt mit, dass sie ihren Mobilfunksendestandort im Schachen mit LTE aufrüsten wird. Damit wird die Mobilfunkversorgung weiter verbessert.

13.4 Sommerfest der Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr Hornberg lädt zum Sommerfest am Sonntag, 18. August 2019 an das Feuerwehrgerätehaus am Bahnhof ein. Der Wirtschaftsbetrieb beginnt um 10:30 Uhr.

13.5 Patroziniumsfeier in Niederwasser

Der Cäcilienchor St. Gebhard Niederwasser lädt zum Festtag in Niederwasser am Sonntag, 25. August 2019 ein. Das Patrozinium beginnt mit einem Festgottesdienst um 09:00 Uhr. Um 11:00 Uhr schließt die weltliche Feier beim Gemeindehaus an.

13.6 Wohnmobilstellplatz

Stadtrat Hess bittet, die Fertigstellung des Wohnmobilstellplatzes zu forcieren. Bürgermeister Scheffold informiert, dass aufgrund von Personalengpässen im Bauhof die Verwaltung derzeit bemüht ist, eine Baufirma zu suchen, die mit Unterstützung des Bauhofs den Wohnmobilstellplatz fertig stellt.

13.7 Schulrektorin Silke Moser

Stadtrat Hess nimmt die kürzliche Verabschiedung von Rektorin Moser zum Anlass, ihr für ihre gute Arbeit für die Schule und die Schüler, sowie für die gute Zusammenarbeit zu danken. Er wünscht ihr alles Gute.

Bürgermeister Scheffold informiert, dass er sich bei der Abschiedsfeier im Namen des Gemeinderates und der Verwaltung bei Rektorin Moser bedankt hat.

13.8 Baustelle L 108 in Richtung Fehrenbühl

Stadtrat Fehrenbacher erkundigt sich, wie lange die Baustelle oberhalb des Hofbauernhofes noch Bestand hat. Bürgermeister Scheffold kann informieren, dass hier noch ein geologisches Gutachten aussteht. Solange steht die Baustelle still. Er wird sich im September wieder erkundigen.

13.9 Musiksommer 2019 auf dem Bärenplatz

Stadtrat Fehrenbacher spricht dem Arbeitskreis Stadtmarketing und der Tourist-Info ein Lob aus für den gelungenen Musiksommer. Schade findet er, dass bei der Auftaktveranstaltung gleichzeitig eine Veranstaltung der Bürgerstiftung stattgefunden hat, weshalb viele Personen nicht anwesend sein konnten.

Hierzu informiert Bürgermeister Scheffold, dass die Veranstaltung der Bürgerstiftung schon länger geplant war als der Musiksommer. Eine Verschiebung war hier nicht mehr möglich.

Grundsätzlich sollte eine solche Terminkoordination in der Vereinsvertreterversammlung und bei den Vereinsstammtischen rechtzeitig erfolgen.

13.10 Schadensmeldungen an die Verwaltung

Stadtrat Fehrenbacher informiert über eine besondere App namens „City-Hub“, bei der Einwohner GPS-unterstützt exakte Standorte von Schadensorten mit Fotos an die Verwaltung melden können.

Bürgermeister Scheffold bittet hier noch um Geduld. Eine eigene Hornberger Bürger-App ist in Planung, sobald die neue Homepage freigeschaltet worden ist.

13.11 Fragestunde in öffentlichen Gemeinderatssitzungen

Stadtrat Fehrenbacher regt an, die Fragestunde an den Beginn der öffentlichen Gemeinderatssitzungen zu legen. Er könnte sich vorstellen, dass Einwohner manchmal Fragen haben, die sie gerne am Beginn der Sitzung stellen würden, ohne in der ganzen Sitzung anwesend sein zu müssen.

Bürgermeister Scheffold antwortet, dass dies bereits mehrfach besprochen worden ist. Eine Vorverlegung hätte sowohl Vorteile als auch Nachteile. Hierüber kann in der Klausurtagung im Oktober gesprochen werden.

13.12 Kartenzahlung im Einwohnermeldeamt

Stadtrat Hess erkundigt sich nach dem Sachstand. Diesbezüglich bittet er, ein neues Quittungssystem einzuführen. Die bisherigen Quittungsblöcke hält er für veraltet.

Rechnungsamtsleiterin Mayer informiert über den Sachstand. Im Herbst erfolgt die Prüfung, ob im Einwohnermeldeamt ein Kassenmodul wie in der Tourist-Info eingeführt werden kann und zu welchen Kosten. Dann wird auch ein neues Quittungssystem eingeführt.

In der Tourist-Info kann mittlerweile auch mit Kreditkarte bezahlt werden.

13.13 Zusätzliche Behindertenparkplätze

Stadtrat Küffer regt an, vor dem Freibad einen zweiten Behindertenparkplatz auszuweisen. Er hat bereits von verschiedenen Seiten gehört, dass dies nachgefragt wird.

Ebenso regt Stadtrat Küffer an, beim Bahnhofsgebäude einen Behindertenparkplatz auszuweisen.

Die Verwaltung wird dies prüfen.

13.14 Lichtraumprofil Knoten Eisenbahnstraße/Werderstraße

Stadtrat Küffer bittet, mit dem Eigentümer des Gasthauses „Krokodil“ zu sprechen, damit die Hecke im Bereich der Gartenwirtschaft zurückgeschnitten wird.

13.15 Abgemeldete Kraftfahrzeuge

Immer wieder stehen abgemeldete Kraftfahrzeuge auf öffentlichen Parkplätzen. Derzeit befinden sich wieder abgemeldete Kraftfahrzeuge in der Leimattenstraße.

Die Gemeindevollzugsbedienstete setzt sich jeweils mit den Fahrzeughaltern in Verbindung.

13.16 Schriftliche Eingabe: Spielplatz Storenwald

Stadträtin Laumann gibt den Vorschlag von Spielplatzbesuchern weiter, über dem Sandkasten auf dem Spielplatz Storenwald ein Sonnensegel anzubringen.

TOP 14 Fragestunde

14.1 Ampelregelung Hauptstraße

Ein Zuhörer regt an, die beiden Baustellenampeln in der Hauptstraße um Bewegungssensoren zu ergänzen, damit diese schneller auf rot schalten, wenn an einer Ampel keine Autos mehr kommen. Dies kann die Wartezeit deutlich verkürzen. Dies wird mit der Baufirma besprochen.

14.2 Geschwindigkeitsmessgerät

Ein Zuhörer regt an, das Geschwindigkeitsmessgerät in der Rebbergstraße abzubauen und erst wieder aufzubauen, wenn die dortige Baumaßnahme mit zeitweisen Vollsperrungen abgeschlossen ist.

Bürgermeister Scheffold begrüßt diesen Vorschlag. Das Messgerät wird in der Frombachstraße aufgestellt und später wieder in der Rebbergstraße. Wie im Gemeinderat vereinbart, soll dann das Verkehrsaufkommen in der Rebbergstraße ausgewertet werden.

14.3 Schülerlotsendienst in der Hauptstraße

Eine Zuhörerin erkundigt sich, wessen Aufgabe der Lotsendienst ist. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die Stadt Hornberg dies organisieren wird, falls die Elternschaft nicht zur Unterstützung oder Mitwirkung bereit ist.

An einen anderen Zuhörer gewandt, fährt Bürgermeister Scheffold fort, dass Umleitungsregelungen über die Vorstadtstraße nur in den Schulferien erfolgen, nicht während der Schulzeiten.

14.4 Fragestunde in öffentlichen Gemeinderatssitzungen

Eine Zuhörerin kommt auf den Vorschlag von Stadtrat Fehrenbacher zu sprechen, die Fragestunde in öffentlichen Gemeinderatssitzungen nach vorne zu verlegen. Sie spricht sich hiergegen aus. Ihrer Meinung nach ist es Zuhörern lieber, wenn sie nach der Arbeit zunächst nach Hause gehen können, um bei Interesse im Verlauf der Sitzung dazuzukommen, um Fragen zu stellen.

14.5 Anwesen Am Rubersbach 20

Eine Zuhörerin kommt auf den immer schlechteren Zustand des Gebäudes zu sprechen. Das Haus ist unbewohnt, nun hat das Dach bereits deutliche Schäden.

Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die Verwaltung hier bereits mit dem Landratsamt Kontakt aufgenommen hat. Der notwendige bauordnungswidrige Zustand für ein Einschreiten der Baurechtsbehörde war bislang nicht gegeben. Die neue Situation wird nochmals an das Landratsamt mitgeteilt und die aktuellen Eigentumsverhältnisse geprüft.